

Die Fraktion Marburger Linke in der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (StVV) beschäftigte sich in der Fraktionssitzung am 19. Oktober ausführlich mit dem geplanten Zubau von Windkraftanlagen auf dem Gebiet der Stadt Marburg. Hierzu erklärt Dr. Michael Weber, umweltpolitischer Sprecher Marburger Linke:

Bürger an Windkraftanlagen beteiligen! Marburger Linke will Akzeptanz für Windkraftanlagen auf den Lahnbergen erhöhen

Die Marburger Linke begrüßt den geplanten Zubau von Windkraftanlagen im Landkreis Marburg-Biedenkopf und auf dem Stadtgebiet der Universitätsstadt Marburg. Ohne einen erheblichen Zuwachs an installierter Leistung von Windrädern wird das Ziel, den Landkreis bis 2040 von fossilen und atomaren Energiequellen unabhängig zu machen (Beschluss des Kreistages vom September 2007), nicht erreichbar sein. Das Hauptargument der Gegner „Windkraftmonster verschandeln die Landschaft und beeinträchtigen das Stadtbild“ ist für die Fraktion nach den Eindrücken der ersten Visualisierungen erledigt.

Die Fraktion Marburger Linke in der StVV fordert jedoch, dass die Finanzierung der Windkraftanlagen vor allem durch Akteure erfolgen soll, die im heimischen Landkreis ansässig sind. So fordert die Fraktion in einem Antrag an die StVV den Magistrat auf, zusammen mit der Sparkasse Marburg-Biedenkopf und der Stadtwerke GmbH nach Lösungen zu suchen, die vor allem heimischen Kapitalgebern offen stehen sollen. Zudem sollen Haushaltsüberschüsse nicht für die ökonomisch zweifelhafte Schuldentilgung verwandt werden, sondern als Direktinvestitionen in Windkraftanlagen den regionalen Wirtschaftskreislauf stärken.

Hierbei sind viele Gesellschaftsformen denkbar. Bürgerwindkraftanlagen, Betreibergesellschaften mit Kommunen, heimischen Unternehmen und Bürgern als Kommanditisten, auch interkommunale Zweckverbände oder GmbHs unter kommunaler Beteiligung sind möglich. Entscheidend ist, dass die Wertschöpfung durch die Windkraftanlagen in der Region verbleibt.

Um die Akzeptanz der Windkraftanlagen bei den Marburger Bürgerinnen und Bürgern zu erhöhen, beantragt die Fraktion darüber hinaus zu prüfen, ob die Türme der Windkraftanlagen aus dem nachwachsenden Rohstoff Holz errichtet werden können. Zudem sollen die Bürgerinnen und Bürger besser über künftige Einnahmen aus den Windkraftanlagen informiert werden.